

China hat Hongkong fest im Griff

Autor(en): **Schneider, Henrique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **186 (2020)**

Heft 9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-905632>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

China hat Hongkong fest im Griff

Wenige Wochen schon ist das Sicherheitsgesetz für Hongkong in Kraft. China setzt seinen verschärften Kontrollanspruch zügig in Taten um. Eine Antwort darauf hat der Westen kaum.

Henrique Schneider, Redaktor ASMZ

Am 1. Juni 2020 trat das nationale Sicherheitsgesetz in Hongkong in Kraft. Während es einige Länder kritisierten und die lokale demokratische Bewegung dagegen 600 000 Menschen mobilisierte, brachte der pakistanische Aussenminister Makhdoom Shah Mahmood Qureshi das Ganze ungewollt auf den Punkt: «Wir haben nicht zu urteilen. Hongkong ist China und China hat seine eigenen Gesetze.»

Was der Minister sagt, ist korrekter als er es sagen wollte. De facto ist das vertraglich festgehaltene Versprechen «Ein Land, zwei Systeme» beendet. Peking hat unilateral und ohne Rücksicht auf das System Hongkongs die freie Meinungsäusserung, die unabhängige Justiz und die Verhältnismässigkeit der Polizeiaktionen begraben. Der «duftende Hafen» ist nunmehr eine ganz normale chinesische Stadt – einfach eine, in der vermehrt (noch) Englisch gesprochen wird.

Kristin Shi-Kupfer, Expertin am Berliner Merics-Institut, sagt: «Die in Hongkong eingerichteten Sicherheitsgremien werden ihren Wirkungskreis und die Anwendung des nationalen Sicherheitsgesetzes nahezu beliebig gestalten können. Die systematische Kriminalisierung von aus Sicht Pekings unliebsamen Aktivitäten ist zu befürchten.»

Lange Vorgeschichte

Der erste konkrete Konflikt zwischen den Menschen in Hongkong und der chinesischen Regierung geht auf den Souveränitätswechsel im Jahr 1997 zurück. China hatte damals das lokale repräsentativ-demokratische System quasi



Massenproteste in Hongkong 2019.

Bild: Bote der Urschweiz



Carrie Lam, bisherige Chief Executive Sonderverwaltungszone Hongkong. Bild: wikipedia

für ungültig erklärt. Peking musste dann zurücksrudern. 2003 wurde die Hongkong-Regierung dann von der chinesischen Staatsführung

beauftragt, zum Artikel 23 der lokalen Miniverfassung, Basic Law, ein Gesetz zur Wahrung der nationalen Sicherheit auszuarbeiten. Nachdem rund 500 000 Menschen auf die Strasse gingen und da-

«Ein Land, zwei Systeme ist de facto beendet.»

gegen protestierten, wurde die Gesetzgebung zurückgezogen.

Die Sache kam aber nicht zur Ruhe. Zu Protesten gegen die immer stärkeren Einschränkungen von Freiheiten und gegen den immer grösser werdenden Einfluss Pekings kam es etwa 2012 anlässlich der geplanten Einführung des Schulfachs Na-

tionalkunde. 2015 folgte das viel beachtete Umbrella Movement (Regenschirm-Bewegung). Ausschlaggebend war dann das Jahr 2019. Das geplante Auslieferungsgesetz führte zur grössten Protestwelle in der Geschichte Hongkongs. Millionen Menschen gingen monatelang auf die Strasse. Das Gesetz wurde schliesslich zurückgezogen.

Als noch das Pro-Demokratie-Lager die Kommunalwahlen 2019 deutlich gewann, war es für Peking getan. Obwohl die sogenannten Bezirksräte kaum politischen Einfluss haben, galt dieser Wahlsieg als Bestätigung für die Protestbewegung und zeigte ein klares Meinungsbild: Die Mehrheit der Bevölkerung steht zu den Demokraten. Deshalb schritt die kommunistische Staatsführung zur Tat. Ein in China erarbeitetes Gesetz wurde nach Konsultationen mit dem lokalen Parlament und der lokalen Regierung in Kraft gesetzt.

Problematische Inhalte

Das neue nationale Sicherheitsgesetz hat sechs bemerkenswerte Institute:

1. Büro zum Schutz der nationalen Sicherheit: Es hat das Recht, die Gerichtsbarkeit in Hongkong in Anspruch zu nehmen und ermöglicht einen direkten Zugriff der chinesischen Regierung auf das Justizsystem in Hongkong. Damit muss dieses Befehle aus China entgegennehmen und ausführen. Dieses Büro wird vom früheren Parteisekretär der Provinz Guangdong, Zheng Yanxiong, geleitet.

2. Komitee zum Schutz der nationalen Sicherheit: Es wird von Hongkongs Regierung aufgestellt und soll eine Politik für die nationale Sicherheit ausarbeiten. Das Komitee soll nicht öffentlich arbeiten, seine Beschlüsse unterliegen nicht dem parlamentarischen oder richterlichen Prüfungsrecht.

3. Abteilung zur nationalen Sicherheit: Sie ist eine Sonderabteilung der Hongkonger Polizei, deren Machtbefugnisse dadurch drastisch erweitert werden. Die Polizei ist nun berechtigt, Orte, Menschen und deren elektronische Geräte zu durchsuchen, zu verfolgen beziehungsweise sie auszuspionieren, ohne zuerst eine richterliche Erlaubnis einholen zu müssen. Diese Abteilung ist zur engen Zusammenarbeit mit China verpflichtet.

4. Neue Straftatbestände: Wenn eine Straftat künftig unter die Kategorie «Nationale Sicherheit» fällt, wird das Gerichtsverfahren anders ablaufen als bislang. Es unterliegt nämlich den Regeln der chinesischen Justiz. Verdächtige dürfen nach China ausgeliefert werden. In solchen Prozessen sind Geschworene nicht zugelassen und die Gerichtsverfahren können unter Ausschluss der Öffentlichkeit verlaufen.

5. Unklare Kategorien von Verstößen: Neu werden vier Kategorien von Verstößen geschaffen, nämlich Sezession, Subversion der Staatsmacht, Terrorismus sowie die Gefährdung der nationalen Sicherheit durch geheime Absprache mit ausländischen Regierungen oder Organisationen. Die Definitionen dieser Kategorien werden im Gesetz nicht ausgeführt. Ihre Interpretation obliegt allein den Exekutivbehörden in Hongkong und in China.

6. Extraterritoriale Zuständigkeit: Gemäss dem Gesetz fallen alle Personen, die in Hongkong domiziliert sind, unter das Gesetz – ungeachtet dessen, wo sie definitiv wohnen oder wo sie sich betätigen.

Selbst Verdächtige können zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt werden. Unfreiwillige Repatriierung zum Zweck der Durchsetzung des Gesetzes soll erlaubt werden.

Künftige Beziehungen

Wie reagierten bisherige Partner von Hongkong? Die Schweiz hat grundsätzlich nicht reagiert. Die EU-Minister diskutierten zunächst Sanktionen. Sie einigten sich aber auf ein Exportverbot für Tränengas oder Gummigeschosse. Ungarn, Griechenland und andere Länder, die besondere Beziehungen zu China unterhalten, haben weitergehende Massnahmen blockiert.

US-Präsident Donald Trump unterzeichnete ein Sanktionsgesetz gegen China und hob den Sonderstatus auf, durch

«Der chinesischen Regierung geht es immer nur um China.»

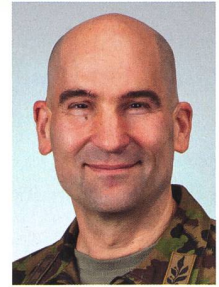
den Hongkong – im Gegensatz zu China – Zugriff auch auf sensitive US-Technologie hatte. Das US-Gesetz soll es ermöglichen, gegen Individuen und Institutionen vorzugehen, die an der «Auslöschung der Freiheit» in Hongkong beteiligt sind. Auch Kanada, Australien und Grossbritannien fahren einen härteren Kurs. Premier Boris Johnson stellte bis zu drei Millionen Hongkongern die britische Staatsbürgerschaft in Aussicht.

Doch nicht nur Staaten reagieren. Private Akteure kündigten an, sich aus Hongkong zurückzuziehen, etwa die Social-Media Plattform Tiktok. Internetkonzerne und Plattformen wie Facebook, WhatsApp, Google, Twitter, Telegram, Zoom und LinkedIn kündigten an, mögliche Anfragen Hongkonger Behörden nach Daten von Nutzern vorerst nicht zu beantworten. Reedereien und Industriekonglomerate bereiten eine Transition nach Singapur vor.

Das ist der Pekinger Regierung aber egal. Denn ihr geht es nicht um die Menschen in Hongkong und noch weniger um wirtschaftliche Aspekte. Der chinesischen Regierung geht es um China. Jeder Preis, sofern es einen gibt, sind sie dafür bereit zu bezahlen. Im Übrigen erfolgte die erste Festnahme nach diesem Gesetz 30 Tage nach seiner Inkraftsetzung. ■

Informationsraum

Wir leben in einer Welt, in der Volatilität, Unsicherheit, Komplexität und Vieldeutigkeit seit 30 Jahren zugenommen haben. Davon ist auch der Kleinstaat Schweiz mit



seiner bewaffneten Neutralität betroffen – wir leben nicht auf einer Insel. Als Konsequenz davon sind im Vergleich zum Zeitpunkt unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer auch die Aufgaben unserer Milizarmee als Gesamtsystem vielseitiger geworden.

Zwei Dinge jedoch sind unverändert geblieben: Nach wie vor ist die Armee die letzte Sicherheitsreserve der Schweiz – nach uns kommt nichts mehr. Ebenso unverändert ist der Auftrag der Armee, das Land zu verteidigen. Der Auftrag Landesverteidigung ist jedoch deutlich komplexer als noch vor 30 Jahren. Neue Bedrohungsformen wie Cyber haben die bekannten Bedrohungen und Gefahren nicht ersetzt, sondern diese im Gegenteil noch gefährlicher gemacht.

Die Diskussion um die Notwendigkeit von neuen Kampfflugzeugen wurde bereits vor 30 Jahren geführt, sozusagen unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges. Etliche haben damals gehofft, dass die Ära der Konflikte und Kriege für immer der Vergangenheit angehört. Tatsache ist jedoch, dass die Welt seither nicht sicherer geworden ist. Tatsache ist auch, dass niemand weiss, was morgen geschieht oder wie die Welt in den nächsten 30 Jahren aussieht.

In den kommenden Monaten und Jahren wird es also darum gehen, unsere Milizarmee konsequent auf ein vielfältiges und verändertes Bedrohungs- und Gefahrenspektrum auszurichten, damit sie auch in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen kann. In dieser Kolumne werde ich thematisieren, welche Schritte vor uns liegen und wie wir diese angehen.

Der erste und bereits entscheidende Schritt ist die bevorstehende Volksabstimmung vom 27. September 2020 – dieser Urnengang ist ein wichtiges Zeichen für die Zukunft der Sicherheit der Schweiz.

*Korpskommandant Thomas Süssli
Chef der Armee*